

An die Bürgermeisterin Westkamp  
im Hause

Fraktion im Rat der Stadt Wesel

Klever-Tor-Platz 1

46483 Wesel

Telefon: 0281 203 2720

linke-fraktion@wesel.de

[www.linksfraktion-wesel.de](http://www.linksfraktion-wesel.de)

Wesel, 21.05.2021

## **Schulische Inklusion – aktueller Sachstand an Weseler Schulen**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Westkamp,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wesel beantragt, das Thema schulische Inklusion an Schulen in Trägerschaft der Stadt Wesel auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Schul- und Sportausschusses zu setzen.

Wir bitten um einen aktuellen Sachstandsbericht und eine Darstellung der Entwicklung in den letzten 5 Jahre unter besonderer Berücksichtigung der folgenden Fragen:

- 1. Wieviele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden zum Schuljahr 2020/2021 in allgemeinen Schulen in Trägerschaft der Stadt Wesel im Primarbereich bzw. in Klasse 5 aufgenommen?**
- 2. Wie verteilt sich die Anzahl auf die verschiedenen Förderschwerpunkte und Schulen?**
- 3. Wie hoch ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die aus dem gemeinsamen Lernen zum Schuljahresbeginn bzw. im Laufe des Schuljahrs ausgeschieden sind?**
- 4. Wurde die LVR-Inklusionspauschale für die Einzelinklusion betroffener Schülerinnen und Schüler beantragt? Wie ist die Aufteilung nach Förderschwerpunkten?**
- 5. Wurden Anträge auf die LVR-Inklusionspauschale bewilligt? Wie hoch ist das Fördervolumen insgesamt?**

Die Umsetzung der schulischen Inklusion hat in den letzten Jahren deutlich an Dynamik verloren. Förderschulen erleben zum Teil einen erheblichen Anstieg der Anmeldezahlen. Auch die Zahl der sogenannten Quereinsteiger durch Übertritte aus dem gemeinsamen Lernen ist hoch. Vor Jahren gesetzte Inklusionsquoten können bei weitem nicht erreicht werden.

Je nach Förderschwerpunkt und Region zeigt die Schulentwicklungsplanung, dass einzelne Förderschulen in den nächsten Jahren erhebliche Kapazitätsprobleme bekommen werden. Die Erweiterung oder gar der Neubau von Förderschulen ist nicht mit dem Ziel eines inklusiven Bildungssystems und einer inklusiven Gesellschaft vereinbar.

Vor 12 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich damit auch verpflichtet, Menschen mit Behinderung einen diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung und zum allgemeinen Regelschulsystem zu ermöglichen. Auch auf der kommunalen Ebene müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Umsetzung der UN-BRK voranzutreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Wagner  
Fraktion DIE LINKE.  
im Rat der Stadt Wesel